

Wenn Kulturgüter politisch werden

1956 haben Regierung und Kloster Muri verhandelt. Es ging um Bilder, Bücher und die Fragen: Was gehört dem Staat? Was dem Kloster?

Ruth Wiederkehr und
Annina Sandmeier-Walt

Es war ein denkwürdiges Treffen am 30. Januar 1956. Der Aargauer Landammann Paul Hausherr empfing im Regierungsgebäude Abt Stephan Kauf von Muri-Gries, der aus dem Südtirol nach Aarau gereist war. Nachdem der Kanton Aargau 1841 alle Klöster aufgehoben hatte, war der Konvent aus Muri nach Zwischenstation in Sarnen im Südtiroler Gries bei Bozen ansässig.

Das Treffen in Aarau war ein «historisches Ereignis», wie ein Protokoll festhält: nach 115 Jahren die erste offizielle Zusammenkunft eines Regierungsrats und des Abts von Muri-Gries. Haupttraktandum war der Austausch von Kulturgütern – von Bildern, Büchern und Archivalien. Diese waren nämlich bei der in Eile vollzogenen Aufhebung im 19. Jahrhundert buchstäblich durcheinandergeraten.

Ein solcher Tausch von Objekten war hochpolitisch – und die diskutierten Fragen erinnern auch an heutige Debatten um Kulturgut: Wer hatte Anrecht auf die geschichtsträchtigen Güter? Was gehörte dem Staat? Was dem Kloster? Wer hat die sichereren Aufbewahrungsorte?

Wertvolle Objekte in Sarnen gelagert

Bis zu jenem Januartag 1956 hatten die Verhandlungen bereits Jahre gedauert. Die Katholisch-Konservative Partei hatte 1947 den Austausch von Kultur-



Abt Stefan Kauf (Mitte) und Mitbrüder bei der Eröffnung des Hospizes in Muri 1960. In diesem Jahr fand der heftig diskutierte Kulturgütertausch zwischen dem Kloster Muri-Gries und dem Kanton Aargau ein Ende.

Bild: Stiftsarchiv Muri-Gries, Sarnen

gütern angeregt, worauf sich ab 1950 langfädige Debatten entspannten. Ebenfalls Teil der Verhandlungsmasse waren mittelalterliche Handschriften, der eigentliche heimliche Trumpf des Konvents. Denn der Kanton war durchaus interessiert an einigen dieser Schriften. Sie lagerten zu einem grossen Teil in Sarnen, wohin die Benediktiner nach der Flucht aus Muri viele ihrer wertvollsten Güter gebracht hatten. Hier leiteten sie die Kantonsschule Obwalden.

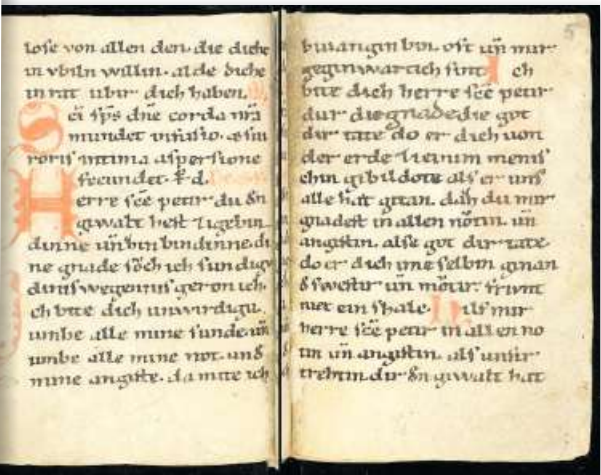
Eines der kleinsten Objekte war ein 200-seitiges Büchlein von etwa halbem Postkartenformat. Im 19. Jahrhundert hatte es bei Mittelalterforschern einiges Aufsehen erregt: Es sei das Gebetbuch der Habsburgerin Agnes von Ungarn gewesen, die im 14. Jahrhundert im Kloster Königsfelden residierte. Sarnen erlebte wegen dieses Büchleins einen regelrechten Forschungstourismus.

Doch bald schon zweifelten Spezialisten die Herkunft an: Das Büchlein aus dem 12. Jahrhundert war zwar wohl für eine

Frau geschrieben worden und ist ein wichtiger Zeuge für alte deutsche Texte. Verifizierbare Hinweise auf Agnes jedoch fehlten. Dennoch blieb der noble Ruf an ihm hängen, es wurde häufig als «Agnesbüchlein» bezeichnet und unter diesem Titel in Königsfelden gar ausgestellt.

Kantonsbibliothekar wollte Büchlein unbedingt

Und so ist es wenig erstaunlich, dass der Aargauer Kantonsbibliothekar beim Kulturgütertausch in den 1950er-Jahren auf



Das Agnesbüchlein aus dem Sarner Benediktinerkollegium löste beim Kulturgütertausch zwischen Kloster Muri und Kanton in den 1950er-Jahren heftige Debatten aus. Bild: E-Codices/Sarnen, Benediktinerkollegium

dieses Objekt schielte. Die Argumentation: Der Kanton sei «aus Pietätsgründen» den Habsburgern verpflichtet. Und dieses Objekt

gehöre also in die kantonale Sammlung.

Doch der Abt und der Sarner Bibliothekar Pater Rupert Amshwand, der an diesem 30. Januar ebenfalls im Regierungsgebäude Aarau anwesend war, verwehrte sich dieser Forderung. Die Bedeutung der eigenen klösterlichen Bibliothek wurde gar heruntergespielt.

Man solle hier die an sich schon «nicht bedeutende» Sarner Bibliothek nicht noch ihrer schönen Stücke berauben. Diese Selbstabwertung war pure Verhandlungstaktik. Und erfolgreich: Das Büchlein blieb in Sarnen, zusammen mit etwa 120 weiteren mittelalterlichen Bänden.

Die Verhandlungen wurden dann erst im Jahr 1960 abgeschlossen. 5000 Objekte hatten bis zu diesem Zeitpunkt die Hand gewechselt. Heute liegen im Staatsarchiv Aargau gebundene Akten, die ein altes Signaturschild aus dem Stiftsarchiv Muri-Gries tragen und eine Nummer, die bei der neuen Erschliessung in Aarau angefügt wurde. Umgekehrt gibt es im Klosterarchiv heute Akten, die bis in die 1950er-Jahre im Staatsarchiv Aargau aufbewahrt wurden.

Geschichte Kloster Muri 1027–2027

Die «Aargauer Zeitung» veröffentlicht in Kooperation mit «Geschichte Kloster Muri 1027–2027» in regelmässigen Abständen Beiträge zu den laufenden Recherchen. Mehr dazu im Blog unter www.geschichte.kloster-muri.ch/blog

Gastbeitrag

Warum das KSA anders als das KSB in eine Schiefelage rutschte

Seit Wochen kreisen die Geier über dem KSA und dessen Hilferuf um einen Beitrag von 240 Mio. Franken. Ein schwieriger Knoten, den es zu entwirren gilt. Fragen stellen sich: Warum gelingt denn dem Kantonsspital Baden ein positiver Abschluss? Und warum rutschte das Zentralspital KSA in diese ungemütliche Lage?

Ein grober Unterschied sticht in die Augen: Das KSB entstand auf der grünen Wiese als Neubau. Es war die Frucht eines langen Kampfes der pulsierenden östlichen Kantonshälfte. Von Beginn an führten ein betriebswirtschaftlich denkender Direktor und einige wenige Chefärzte einen noch überschaubaren Spitalbetrieb. Innovationen und schlanke Strukturen sind bis heute das Markenzeichen des KSB.

Anders das KSA: Schon im vorletzten Jahrhundert gegründet, nahm es mit den

Chirurgen Heinrich Bircher und dessen Sohn Eugen, die auch als Spitaldirektoren wirkten, einen grossen Aufschwung. In den letzten Jahrzehnten wurde es grösser und grösser, die Zahl der Chefärzte, deren Kliniken und Abteilungen stieg stetig und ist heute vergleichbar mit einem Universitätsspital.

Nicht alles, was das KSA hatte und durfte, konnte das KSB installieren. Und nicht immer gelang es dem Regierungsrat und dem Grossen Rat, das richtige Mass für personelles Wachstum, Neuinvestitionen, aber auch Abgrenzungen zwischen den beiden Spitälern zu finden. Dem schlanken KSB-Gebäude in Dättwil, das heute bereits wieder einem modernen Neubau weicht, stehen die vielen Pavillonbauten in der Kantonshauptstadt gegenüber. Zwar entstand ein neues, gewaltiges Haus 1, aber die Betriebsabläufe, teils

unterirdisch, blieben weitläufig und kompliziert.

Kein glücklicher Stern schwebte über der Führung des KSA: Nach der «Aus einer Hand»-Führungsphase der Dynastie Bircher folgte eine Aufspaltung in administrative und ärztliche Führung. Nächste Phase: die Installierung eines Chefarztes als erster CEO über die Jahrhundertwende, was niemanden befriedigte. Dann endlich ein CEO mit Gesamtführungskompetenz. Und Pech, als dieser ohne Rückendeckung die Augenklinik an die private Pallas-Klinik verscherbelt wollte. Chefwechsel folgten, und es gelang nur schwerlich, den Betrieb zu entschlacken und die Hierarchien zu vereinfachen. War das KSA mehr als ein Jahrhundert lang alleiniger Platzhirsch im Aargau, erwuchs ihm mit der Hirslanden-Klinik ein anderer, privater Konkurrent. Konkurrenz beflügelt zwar in manchem.

Aber sie verlockte auf dem Platz Aarau auch zu teuren Anpassungsinvestitionen in immer schnelleren Schritten. Personelle Abwerbungen kamen hinzu. Lukrative Kundenschaft verschob sich. Dem grossen Zentralspital KSA verbleiben in manchen Bereichen die finanziell weniger ergiebigen Fälle. Tausende Notfallbehandlungen fordern den Betrieb, auch in finanzieller Hinsicht.

Bekanntlich haben neu beide Kantonsspitäler die Rechtsform einer AG und damit einen verantwortlichen Verwaltungsrat erhalten. Damit sind die Spitäler vom kantonalen Gesundheitswesen ausgegliedert, der Budgethoheit des Parlaments entzogen. Aber ein Bilanz-Fehlbetrag – siehe aktuell die 240 Mio. – bleibt dann beim Kanton hängen. Die Kernfrage heute lautet, ob damit die politische Führung dieser beiden Betriebe durch

den Besitzer – das ist zu hundert Prozent der Kanton und damit das Volk – noch kompetent wahrgenommen werden kann. Die Generalversammlung von KSA und KSB bilden zwei Regierungsräte. Der Grosse Rat ist nicht vertreten. Sie wählen den Verwaltungsrat.

Die Kompetenz der Regierung ist nicht anzuzweifeln. Aber das System krankt daran, dass die Arbeit und die Lenkung durch den Verwaltungsrat und die nachgelagerten operativen Ebenen von obigen Gremien politisch kaum mehr steuerbar sind. So etwa der Entscheid, einen gewaltigen KSA-Neubau von mindestens 640 Mio. Franken Baukosten (mit viel Luft nach oben) zu erstellen, der alle Dimensionen sprengt und auch betriebswirtschaftlich kaum verantwortbar ist. Es sei denn, er würde andere Institutionen verdrängen und deren Patientenschaft übernehmen.

Fast systemimmanent gibt es Doppelspurigkeiten zwischen KSA und KSB, aber auch den Regionalspitälern. Sie verschlingen Millionen. Die Frage von Abteilungen, von Leistungsaufträgen, der Rolle der Privatspitäler – dies alles müsste im Zusammenhang mit dem 240-Millionen-Entscheid miteinbezogen werden. Damit sich der Fehlbetrag im nächsten Betriebsjahr nicht wiederholt. Der Grosse Rat ist um seinen Entscheid nicht zu beneiden.



Silvio Bircher
Der Autor war National- und Regierungsrat und Mitglied der früheren kantonalen Spitalkommission. Heute wirkt er als Publizist.